

Tätigkeitsbericht
Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie
INFOE e.V.
Jahr 2009

Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (infoe e.V.)
Melchiorstr. 3
50670 Köln
Email: infoe@infoe.de
www.infoe.de



Tätigkeitsbericht des Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie für das Jahr 2009

Koordination und Vernetzung mit anderen NRO in Bezug auf internationale Prozesse und indigene Völker

Im Rahmen der Mitarbeit von INFOE bei der AG Biologische Vielfalt des Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) nahm Sabine Schielmann an der Tagung des FUE zum Thema „Kann der Klimaschutz den Regenwald retten?“ teil, die am 26. und 27. Januar 2009 in Bonn stattfand. Im Workshop der Tagung zur Frage indigener Rechte hielt sie neben Thomas Brose vom Klima-Bündnis ein Impulsreferat zur Berücksichtigung der Rechte indigener Völker im Rahmen eines möglichen REDD-Mechanismus (Verminderung von Emissionen durch Entwaldung und Walddegradierung). Die aktive Teilnahme an der Tagung und dem spezifischen Workshop fand auch im Rahmen der vom EED geförderten Stelle zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zum Themenbereich „Indigene Völker und biologische Vielfalt“ statt. Eine Zielgruppe der Arbeit sind Umwelt- und entwicklungspolitische NRO. Ihnen sollen die Situation, die Positionen und die Beiträge indigener Völker im Rahmen der internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz und dem Erhalt der biologischen Vielfalt näher gebracht werden. Durch die Mitgestaltung des Workshops konnte hier ein kleiner Beitrag geleistet werden.

Eine Vertreterin von INFOE nahm am Weltklimagipfel (COP 15) im Dezember 2009 in Kopenhagen teil, knüpfte dort zahlreiche Kontakte zu indigenen VertreterInnen und unterstützte insbesondere die Indigenen aus Nordamerika durch Teilnahme an ihren Demonstrationen vor der US-amerikanischen und kanadischen Botschaften.

Mitwirkung am 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag



INFOE nahm am 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen mit einem Stand teil. Hier kooperierten wir mit dem Chaco Beirat von Brot für die Welt und Misereor, die uns freundlicherweise ihre Ausstellung „EAMI – Indianische Botschaften jenseits der Artenarmut“ zur Verfügung stellten. Die Ausstellung wurde ausgewählt, weil sie sehr anschaulich und eindrucksvoll am Beispiel der indigenen Völker des Gran Chaco (im

Grenzgebiet von Argentinien, Bolivien und Paraguay) die Auswirkungen der Zerstörung der biologischen Vielfalt, insbesondere der Urwälder, darstellt. Auf der anderen Seite vermittelt sie Einblicke in das indigene Konzept von „biologischer Vielfalt“ und die vielfältige Bedeutung des Waldes für die dort lebenden Gemeinden und der daraus resultierende respektvolle Umgang mit der

Natur. So wird deutlich gemacht, welchen Beitrag und welche alternativen und nachhaltigen Lebensmöglichkeiten indigene Völker in die aktuellen Diskussionen zum Klima- und Umwelt- und Waldschutz einbringen können. In enger Zusammenarbeit und mit tatkräftiger Unterstützung von den Verantwortlichen des Chaco Beirats, Dr. Volker von Bremen, sowie unserer Praktikantin Tanja Schlachtbauer, wurde die Teilnahme am Kirchentag und die notwendige Logistik koordiniert und organisiert.

Siebte Akademietagung zu den Rechten indigener Völker

Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit in 2009 war die Vorbereitung und Durchführung der siebten Tagung zu den Rechten indigener Völker in und mit der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte, die vom 4. bis 6. September stattfand. Die Tagung wurde in Kooperation mit dem Klima-Bündnis und der Evangelischen Akademie Villigst vorbereitet und ausgerichtet. Das Thema der Tagung war diesmal „Klimagerechtigkeit: Chancen und Bedrohung für indigene Selbstbestimmung“.



Die Reihe der ReferentInnen war dieses Jahr äußerst interessant und hochkarätig besetzt. So konnten wir neben VertreterInnen des EED und von Misereor eine Vertreterin aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesumweltministeriums gewinnen. Als Vertreterinnen indigener Völker nahmen Monica Chují, Kichwa-Vertreterin aus dem ecuadorianischen Amazonasgebiet, und Jennifer Rubis, eine Dayak-Vertreterin aus Sabah, Malaysia teil. Beide Frauen haben sich hervorragend ergänzt: Monica Chují hat langjährige Erfahrungen auf der politischen Ebene im nationalen Kontext mit dem Schwerpunkt auf Umweltschutz und nachhaltige Ressourcennutzung. Jennifer Rubis hat insbesondere ihre Erfahrungen im Rahmen der internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz einbringen können.

Rundreise mit indigenen VertreterInnen



Mit beiden Vertreterinnen organisierte INFOE zusätzlich eine einwöchige Rundreise. Diese beinhaltete Gespräche im BMZ, eine öffentliche Abendveranstaltung in der Alten Feuerwache in Köln in Zusammenarbeit mit dem Allerweltshaus, Exkursionen und Austauschgespräche im Naturpark Steigerwald sowie einen Aufenthalt beim Arbeitskreis Indianer Heute in Reichenbach im Vogtland und die Teilnahme am Jugendforum „Heiße Zeiten“ in Neuss, das vom Eine Welt Netz NRW

organisiert wurde. Die Rundreise wurde von Elke Rothkopf als Übersetzerin, Sabine Schielmann und Christina Haas, Praktikantin aus Wien, begleitet. An den Aktivitäten im Steigerwald nahm auch Pedro Cona, Mapuche-Vertreter und Agronom aus Chile, teil, der seine Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Mapuche-Gemeinden und Forstmanagement in Chile einbringen konnte. Die Veranstaltungen und Austauschgespräche waren informativ und haben auf Seiten der Teilnehmer, insbesondere der Schwerte-Tagung, des Judgendforums und der Veranstaltung in Reichenbach viel Interesse erzeugt und ihnen manche Anregung für weitere eigene Aktivitäten geliefert.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit „Indigene Völker und Biodiversität“

Außerdem arbeitet INFOE an entwicklungspolitischem Bildungsmaterial zum Thema „Indigene Völker und biologische Vielfalt“ Hier wurden ein Einstiegs-Flyer sowie Leaflets bzw. Informationsblätter zu den Themen „Indigene Völker und Wald“, „Indigene Völker und Klima“, und „Indigene Völker und Traditionelles Wissen“ und eine Wandzeitung, die den Zusammenhang zwischen biologischer Vielfalt und indigenen Völkern anhand von Beispielen veranschaulicht, erstellt. Eine einführende Broschüre zum Thema ist in Arbeit.

GegenStrömung – Ilisu Kampagne Deutschland

In 2009 erzielte das Netzwerk GegenStrömung, dessen Rechtsträger INFOE ist, einen riesigen Erfolg: Am 7. Juli gaben die Regierungen Deutschland, Österreichs und der Schweiz das Erlöschen der Hermesbürgerschaft für den Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei bekannt. Das Projekt droht, bis zu 80.000 Menschen ihrer Existenzgrundlage zu berauben, das Ökosystem des Tigris gravierend zu schädigen, unschätzbare Kulturgüter zu zerstören und den Wasserkonflikt in Nahost zu verschärfen.

Gemeinsam mit den Partnerorganisationen aus Österreich, der Schweiz und der Türkei nutzte GegenStrömung das Weltwasserforum, das im März in Istanbul stattfand, um in der Türkei die Aufmerksamkeit auf die Folgen des Ilisu-Projekts zu lenken. Ein von den europäischen Organisationen organisierter offizieller side event bot dem Rahmen, dass zum ersten Mal eine direkte Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Wasserbehörde und Kritikern zustande kam.

Mit einer fact finding mission zeigten GegenStrömung und die Erklärung von Bern auf, dass die an die Hermesbürgschaften geknüpften Auflagen selbst wenige Wochen vor Ablauf der Frist, die die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz der Türkei für die Umsetzung gestellt hatten, noch immer nicht einmal ansatzweise erfüllt waren. Sie veröffentlichten, dass selbst die neuesten Umsiedlungspläne nicht geeignet waren, den Umsiedlungsoffern eine neue Lebensperspektive zu eröffnen, Zehntausende Menschen in der Planung völlig vernachlässigt waren und nach wie vor kein Konzept für die Rettung der 12.000 Jahre alten Stadt Hasankeyf existierte.

Ein großer Ilisu-„Gipfel“ in Berlin zeigte dann noch einmal die zentralen Kritikpunkte an dem Projekt auf. Der ehemalige Weltbankexperte Robert Goodland stellte vehement klar, dass Ilisu nie von der Weltbank hätte bewilligt werden können. Der irakische Wasserexperte Hasan Janabi erläuterte die Auswirkungen auf den Irak, der im vergangenen Jahr unter extremer Dürre litt. Nejdet Atalay, Bürgermeister der Provinzhauptstadt Batman, sprach für die betroffene Bevölkerung und die

Initiative zur Rettung von Hasankeyf, während der Vorsitzende des türkischen Naturschutzvereins Doga Derneği, Güven Eken, die ökologische Besonderheit der Region und die Kampagne in der Westtürkei darstellte. Ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums sagte zu, auf der strikten Einhaltung der Auflagen zu bestehen, betonte aber auch, dass Ilisu wohl auch ohne Unterstützung aus Europa gebaut werde. Dem widersprach der türkische Popstar Tarkan, der extra für den Gipfel angereist war, und kündigte an, dass er den wachsenden Widerstand gegen das Projekt weiter unterstützen werde. Mit etwa 400 interessierten ZuhörerInnen, darunter etlichen VertreterInnen der zuständigen Entscheidungsgremien, und breiter Berichterstattung in den Medien übertraf die Veranstaltung die gesteckten Ziele bezüglich ihrer öffentlichen Wirkung bei weitem.

GegenStrömung organisierte darüber hinaus Gespräche mit ParlamentarierInnen und weiteren EntscheidungsträgerInnen und unternahm zahlreiche Aktivitäten, um Außenminister Frank-Walter Steinmeier persönlich mit den Auswirkungen des Projekts und der Ausstiegsforderung zu konfrontieren. Dies reichte von dem Hochhalten von Transparenten und Stop-Ilisu-Rufen bei der Abschlussveranstaltung des Europawahlkampfes der SPD im Tempodrom in Berlin bis zu einem persönlichen Gespräch am Rande des Sonderparteitags der SPD am 14.6., bei dem ihm INFOE-Mitarbeiterin Heike Drillisch einen von neun NROs und Verbänden (neben INFOE verdi, das Forum Umwelt und Entwicklung, NABU, BUND, urgewald, IPPNW, medico international und International Rivers) unterzeichneten Brief überreichte. Schon zwei Tage später demonstrierte GegenStrömung anlässlich des Besuchs des türkischen Außenministers vor dem Auswärtigen Amt und verteilte Pressemitteilungen an die anwesenden deutschen und türkischen JournalistInnen.

Der Ausstieg der drei europäischen Regierungen und die kurz darauf erfolgte Mitteilung von DekaBank, Bank Austria und Société Générale, dass ihre Kreditzusagen ebenfalls hinfällig seien bestätigt, dass das Ilisu-Projekt in keiner Weise internationale Standards erfüllt. Er zeigt darüber hinaus, dass die Verbindung detaillierter Recherchen mit breiter Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit Erfolg haben und zur Respektierung dieser Standards bei Bürgerschafts- und Kreditvergaben führen kann.

Noch ist das Ilisu-Projekt allerdings nicht endgültig gestoppt. Die türkische Regierung möchte das Vorhaben unbedingt realisieren und bemüht sich um alternative Finanzierungsquellen aus China oder durch türkische Privatbanken. GegenStrömung wird daher weiter aktiv sein und die Kampagnen in der Türkei nach Kräften unterstützen.